

Einfache Anfrage SP-Fraktion vom 5. April 2022

Willkommenskultur für Rohstofffirmen überdenken

Schriftliche Antwort der Regierung vom 24. Mai 2022

Die SP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 5. April 2022 nach den Standards, die im Kanton St.Gallen für die Ansiedelung von Firmen und für das Gewähren von Steuererleichterungen angewendet werden, und ob aktuell Unternehmen ihren Sitz im Kanton St.Gallen haben, die direkt oder über Beteiligungen von den durch die Europäische Union und die Schweiz beschlossenen Sanktionen betroffen sind.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Massgebend für die Arbeit der kantonalen Standortförderung sind das Standortförderungsgesetz (sGS 573.0) und das jeweils vom Kantonsrat verabschiedete Mehrjahresprogramm zur Standortförderung (28.18.01). Basierend auf dem Standortförderungsprogramm konzentriert sich die Tätigkeit der Standortförderung auf die sechs Förderschwerpunkte «Arbeits- und Fachkräfte», «Innovation», «Gründen», «Immobilien», «Touristische Infrastruktur» sowie «Internationale Märkte und Promotion».

Im Bereich Standortpromotion arbeitet die kantonale Standortförderung mit der nationalen Vermarktungsplattform Switzerland Global Enterprise (S-GE) zusammen, welche die Schweiz in ausländischen Zielmärkten positioniert. Ergänzend dazu kooperiert der Kanton St.Gallen in einigen Ländern auch mit ausgewählten Partnern für eine zielgerichtete Akquise. Auf regionaler Ebene ist der Kanton St.Gallen gemeinsam mit dem Kanton Thurgau und den beiden Appenzell Teil der international ausgerichteten Promotionsorganisation St.GallenBodenseeArea (SGBA). Anders als von der Fragestellerin in der Einleitung angedeutet, hat der Kanton St.Gallen im Zuge seiner Ansiedlungsbemühungen um ausländische Unternehmen keine branchenspezifischen Präferenzen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Geschichte der Ansiedelung der SUEK AG lässt sich anhand der Handelsregister-einträge lückenlos nachvollziehen. Das Handelsregister einschliesslich aller Anmeldungen und Belege ist öffentlich und kann von allen interessierten Personen eingesehen werden.

Die Unternehmung hatte nach ihrer Gründung ihre Tätigkeit mit fünf Mitarbeitenden aufgenommen und war in den folgenden Jahren kontinuierlich gewachsen. Am 26. Juni 2020 wurde die Firma infolge Verlegung des Sitzes nach Zug im Handelsregister des Kantons St.Gallen gelöscht. Den SUEK-Gesellschaften wurden während der Zeit, in der sie ihren Sitz im Kanton St.Gallen hatten, keine Steuererleichterungen gewährt. Eine Einwilligung seitens der Unternehmung zur Bekanntgabe dieser vom Steuergeheimnis betroffenen Information (Art. 162 des Steuergesetzes [sGS 811.1; abgekürzt StG]) liegt vor.

2. Das Kantonale Steueramt hat die gesamte, 283 Seiten umfassende Liste des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) (Version vom 13. April 2022) mit Namen von natürlichen Personen, Unternehmen und Organisationen, gegen die sich die Finanzsanktionen richten, dahingehend geprüft, ob eine Person oder Unternehmung aufgeführt ist, die im Kanton St.Gal-

len steuerpflichtig ist. Weiter wurden sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantonalen Steueramtes und der Gemeindesteuerämter informiert, dass bei einem Verdachtsfall im Rahmen der Arbeitstätigkeit oder bei Kenntnis von Personen oder Unternehmen mit Verbindungen zu Russland diese zu melden seien. Die Prüfungsarbeiten blieben ergebnislos, d.h. keine der in der SECO-Liste aufgeführten Personen und Unternehmungen hat eine Steuerpflicht im Kanton St.Gallen. Auch Hinweise seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantonalen Steueramtes und der Gemeindesteuerämter führten zu keinem Treffer.

3. Jeder Ansiedlung von Firmen gehen umfangreiche Abklärungen voraus. Wo keine wirtschaftlichen oder ethischen Einwände bestehen, werden Zuzüge, die im wirtschaftlichen Interesse des Kantons St.Gallen liegen, durch die kantonale Standortförderung unterstützt. Zum Zeitpunkt der Ansiedlung der von der Fragestellerin erwähnten Firmen lagen gegen diese keine Einwände vor, die gegen eine Unterstützung gesprochen hätten. Die Standortförderung überprüft die für eine Ansiedlung in Frage kommenden Unternehmen auf Basis öffentlich zugänglicher Informationen. Die Bundespolizei durchleuchtet im Rahmen des Migrationsprozesses auch die hinter den Ansiedlungsfällen stehenden Personen aus Drittstaaten.

Die Verfahren zum Erhalt von Steuererleichterungen beinhaltet mehrere Schritte. In einem ersten Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmung wird geklärt, ob Art. 11 Abs. 1 oder Abs. 2 StG zur Anwendung gelangt, d.h. ob es sich um eine Neuansiedlung oder um eine wesentliche Änderung der betrieblichen Tätigkeit handelt. Dabei muss die Unternehmung die betriebliche Tätigkeit sowie deren Historie offenlegen und vorstellen. Im Zentrum des wirtschaftlichen Interesses des Kantons St.Gallen stehen die Anzahl neu geschaffener und erhaltener Arbeitsplätze sowie die geplanten Investitionen, namentlich in den Erwerb oder Bau eines Gebäudes für Produktion, Forschung und Entwicklung und weitere zentrale Funktionen. Jedes Gespräch wird ausführlich dokumentiert und mit dem Vorsteher des Finanzdepartementes besprochen. Dabei wird insbesondere auch die betriebliche Tätigkeit kritisch durchleuchtet. Branchen mit Reputationsrisiken – wie z.B. Waffenindustrie oder Rohstoffhandel – kommen für eine Steuererleichterung nicht in Frage.

Einen wichtigen Standard im Kanton St.Gallen bildet die Konkurrenzklausel. Steuererleichterungen dürfen Wettbewerbsverzerrungen im Kanton St.Gallen nicht begünstigen. Die kantonale Standortförderung liefert im Verlauf des Verfahrens schriftlich eine Analyse und Stellungnahme zur Konkurrenzsituation.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens muss das Unternehmen einen Businessplan, der über die Entwicklung der Umsätze, die Gewinne und der geplanten Investitionen der kommenden zehn Jahre Auskunft gibt, einreichen. Der Businessplan sowie der Antrag zur Gewährung von Steuererleichterungen werden zunächst mit der Unternehmung und danach mit dem Vorsteher des Finanzdepartementes besprochen. Dabei werden auch die steuerlichen Auswirkungen für den Kanton St.Gallen aufgezeigt und der gesamte Fall wird nochmals kritisch überprüft.

Der Entscheid für die Gewährung von Steuererleichterungen liegt bei der Regierung. Dementsprechend beurteilt die Regierung in ihrem Ermessen auch die Frage eines allfälligen Reputationsrisikos für den Kanton.